

ISSN 2673-5822

FRAUENKULTUR

DIE UNABHÄNGIGE STIFTUNG FÜR GESCHICHTE, FORSCHUNG UND KULTUR.

ARCHIVGRAUBÜNDEN

Hortensia

DAS MAGAZIN DES FRAUENKULTURARCHIVS GRAUBÜNDEN
INFORMATIONEN ÜBER UNSERE ARBEIT UND NEUES AUS DEM ARCHIV

FEBRUAR 2021

Spezial FRAUENSTIMMRECHT 1971



**KULTURFÖRDERUNG
KANTON GRAUBÜNDEN**

FRAUENKULTUR

DIE UNABHÄNGIGE STIFTUNG FÜR GESCHICHTE, FORSCHUNG UND KULTUR.

ARCHIVGRAUBÜNDEN

Liebe Leserin, lieber Leser

Diese «Hortensia» widmen wir dem Stimmrechtsjubiläum, das sich am 7. Februar 2021 zum 50. Mal jährt. Lange her ist diese politische Errungenschaft nicht, und viele unter Ihnen werden sich noch an die Zeiten erinnern, als Frauen, vielleicht gar Sie selbst, nicht an die Urnen durften.*

Bei uns in Graubünden dauerte es geschlagene 135 Jahre, bis alle Bündnerinnen in ihren Gemeinden wählen und stimmen konnten. Das Frauenkulturarchiv hat diese Stimmrechtsgeschichte in «Frauen-Recht», Band 1 der Serie «Fraubünden», erarbeitet und die Annahme der politischen Rechte auf Gemeindeebene in einer Tabelle zusammengestellt und auf einer Karte sichtbar gemacht. Weil dieser Band schon lange vergriffen ist, haben wir die Karte als PDF auf unsere Website gestellt.

Diese «Hortensia» im Februar 2021 schaut zurück, und sie schaut nach vorne zu den Erbinnen von 1971. Wir haben sechs aktive oder ehemalige Politikerinnen gefragt, wo die Wiege ihrer Karriere stand. «Wie sind Sie in die Politik gekommen?» lautete die Leitfrage.

Herausgekommen sind persönliche Texte, die uns zeigen, was an erster Stelle steht: die Freude am Mitgestalten und am Engagement für andere sowie die Lust, Lösungen zu finden, aber auch mal zu provozieren und neue Ideen zu verfolgen.

Junge Frauen und Männer von heute weisen uns neue Wege in Politik und Gesellschaft. Hören wir auf sie, denn es ist ihre Zukunft, die wir heute mitplanen.

Gute Lektüre wünscht Ihnen
Ihre Dr. phil. Silke Margherita Redolfi

*Erzählen Sie uns doch davon!



Editorial



Am 7. Februar 1971 zeigte ein über 100-jähriger Kampf für die politischen Rechte der Frauen in der Schweiz erste Früchte. Die Nationalisierung der Frauen ging unrühmlich lang – und dauert an.

1971 stimmten 66 Prozent der Schweizer dem eidgenössischen Frauenstimm- und Wahlrecht zu, in Graubünden war die Akzeptanz mit 54 Prozent deutlich geringer. Heute stellen wir uns die Frage, weshalb dies so lange dauerte. Die historischen Umstände des hartnäckigen Widerstands lassen sich rasch aufzählen: das im 19. Jahrhundert geborene und lange gehätschelte Konzept vom männlichen Staat, männerbündlerische Strukturen, die fest sitzenden traditionellen Rollenbilder, Zweifel an der Fähigkeit der Frauen, Ängste vor einem Linksrutsch, Kantönliche Geist, Verfassungshemmnisse, ein tiefsitzendes Patriarchat und nicht zuletzt Armut und Wirtschaftsdruck in weiten Teilen der Schweiz. Während in den umliegenden Ländern Parlamente nach Kriegen oder Krisen das Frauenstimmrecht von oben herab einführten, musste bei uns jeder Schnauz in jedem Krachen von den Vorzügen weiblicher Stimmkraft überzeugt werden.

Frauenrechte = Frauensache

Die Sache hing an den Frauen. Sie mussten – obwohl politisch amputiert – kämpfen, überzeugen, unzählige Stunden in Lobbyarbeit investieren, finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, Häme und Abwertung einstecken. Sie waren nur Bittende, die mit Petitionen, Mahnmärschen und anderen Aktionen wie 1958 der legendären Schweizerischen Ausstellung für Frauenarbeit, SAFFA, landauf landab unablässig ihre Rechte als Bürgerinnen einforderten. Ihnen heute zu grosse Duldsamkeit vorzuwerfen, ist angesichts der damaligen Stimmung müssig. Die grosse nationale Petition von 1929 wurde 30 Jahre lang schubladisiert, und die in Zürich, Basel-Stadt, Glarus, Genf und Neuenburg zwischen 1919 und 1927 wuchtig abgelehnten ersten kantonalen Abstimmungen wirkten nicht gerade motivierend. Krise und Krieg legten die Frauenforderungen zusätzlich auf Eis.

Das grosse Desaster von 1959

Als der Bundesrat nach Protesten gegen ein Zivilschutzobligatorium für Frauen 1957 endlich die erste Vorlage zur Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts vorlegte, wähten sich die Frauenverbände am Ziel. Hatten sich die Schweizerinnen mit ihrem Einsatz im Zweiten Weltkrieg das Vollbürgerrecht nun nicht verdient? Und mit Justizminister Markus Feldmann (BGB, die spätere SVP) als Befürworter könnte die Wende klappen. Bereits bei der frauenfreundlicheren Bürgerrechtsreform von 1952 hatte er die Hardliner im Parlament zu senkeln vermocht. Doch der beliebte Magistrat verstarb 1958 im Amt, die erste Abstimmung zum Frauenstimmrecht erlitt 1959 mit 65 Prozent Neinstimmen Schiffbruch. In Graubünden sagten fast 80 Prozent der Stimmberechtigten nein.

Wertewandel in den 60ern

Doch die Zeit arbeitete für die Rechte der Frauen. Mit dem Wertewandel in den 1960er-Jahren veränderte sich auch die Ansicht über ihre Stellung. Jugendbewegung und neue Frauenbewegung stellten das verkrustete autoritätsgläubige Schweizer System massiv infrage. Wirtschaftlicher Aufschwung, Bildung und Mobilität brachten Öffnung und Anbindung an die Moderne. Lauter wurden auch die Frauenrechtlerinnen. Legendär der Marsch auf Bern 1969 mit einer umwerfenden Emilie Lieberherr im roten Mantel und Trillerpfeife. Sekundiert von vielen Demonstrierenden rebellierte sie gegen einen Bundesrat, der die Europäische Menschenrechtskonvention unter Ausklammerung der Frauenrechte unterschreiben wollte.

Weiter auf Seite 11



Das Abstimmungsplakat der Frauenzentrale Graubünden von 1971 befindet sich im Frauenkulturarchiv

Die letzte Meile, oder: vom Fall der Männerrepublik

Von Silke Margherita Redolfi

Mein Interesse für die Politik war schon immer gross. Politisiert wurde ich unter anderem dadurch, dass weder mein Vater noch meine Mutter jenen Beruf erlernen konnten, den sie sich gewünscht hatten. Für mich war deshalb immer klar, dass die Möglichkeiten, die ich als junge Frau habe, keine Selbstverständlichkeiten bedeuten. Ich erachtete diese Möglichkeiten als Chancen, mich zu engagieren. So nutzte ich beispielsweise im Zuge der Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre die Anfrage der Gemeinde, als jüngste Jungbürgerin die offizielle Rede zum 1. August halten zu dürfen.

Dies war rückblickend meine politische Initialzündung, auch wenn es dann noch über zehn Jahre dauern sollte, bis ich in die Politik eingestiegen bin. Ich interessierte mich seit jeher für politische Fragen und war bereits als Jugendliche fasziniert von unserer Demokratie. Es stand immer ausser Frage, dass die SP diejenige Partei ist, mit der ich mich am meisten identifizieren kann. Zu meinem 30. Geburtstag schenkte ich mir den Parteibeitritt in die SP Graubünden. Regelmässig besuchte ich die Sitzungen der Sektion Chur, obwohl ich niemanden kannte. Diese Situation war mir mittlerweile in Graubünden bekannt, und ich hatte gelernt, dass Bündnerinnen und Bündner sich etwas länger Zeit nehmen, um auf neue Menschen zuzugehen. Bald wurde aber die Aktion Goldfischteich gestartet mit dem Slogan «Warte nicht, bis du entdeckt wirst». Darauf meldete ich meine Bereitschaft für die Übernahme einer aktiven Aufgabe in der Partei an.

«Warte nicht, bis du entdeckt wirst»

Sandra Locher Benguerel Nationalrätin

Ob Zufall oder nicht, es zog sich jemand von der Wahlliste als Grossratsstellvertreterin zurück und ich wurde angefragt, ob ich mich zur Verfügung stellen möchte. Zu verlieren hatte ich nichts, motiviert war ich und so sagte ich zu. Ich mobilisierte alle meine bis dahin bekannten Leute aus Chur und zog in meinen ersten Wahlkampf. Meine Freude und meine Überraschung waren gross, als ich erfuhr, dass ich den ersten Platz auf der Liste der Stellvertreter des Kreises Chur erreichte. Es dauerte nicht lange bis ich zuerst in Folge einer Mutterschaftsvertretung und später infolge der Wahl der damaligen Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf in den Bundesrat zur «ständigen» Stellvertreterin wurde und damit ab 2006 einen festen Sitz im Grossen Rat des Kantons Graubünden hatte. Eine meiner ersten Vorlagen, mit der ich mich beschäftigte, war der Bündner Finanzausgleich. Ich war massgeblich daran beteiligt, dass die Vorlage zum Bündner NFA im Jahr 2010 abgelehnt wurde. Mit diesem Sachgeschäft war ich so richtig in der Politik angekommen. Seit meiner offiziellen Wahl zur Grossrätin im Jahr 2010 engagierte ich mich bis im Herbst 2019 mit Freude in der Legislative des Kantons Graubündens.

Im Vorfeld der letzten Nationalratswahlen wurde von Frauenorganisationen die nationale Kampagne «Helvetia ruft» lanciert. Diesem Ruf folgte ich mit einem engagierten persönlichen Wahlkampf, denn ich war überzeugt, dass es unbedingt mehr Frauen in Bundesbern braucht. Am 20. Oktober 2019 wurde ich vom Bündner Stimmvolk in einem Krimifinale in den Nationalrat gewählt. Schon kurz nach meiner Wahl und noch vor meiner offiziellen Vereidigung als Nationalrätin durfte ich im Polimagazin «Arena» im Schweizer Fernsehen SRF unter dem Titel «Frauen an der Macht – und jetzt?» zu einem meiner politischen Kernthemen Stellung nehmen. Seither vertrete ich mit Freude und Stolz die «dunnas dal Grischun a Berna»!

Sandra Locher Benguerel als Bündner Nationalrätin in Bundesbern.
(Bild zvg)





Weil ich in einem politischen Elternhaus aufgewachsen bin, mag die Frage nach dem eigenen Weg in die Politik Aussicht auf eine vorhersehbare Antwort geben. Ist ja klar, Vater Berufspolitiker, Mutter Gemeindepolitikerin. Doch das gleiche Schicksal hätte auch meine beiden Brüder ereilen können, tat es aber nicht. Sie sind andere spannende Wege gegangen.

Mein politisches Gesellinnenstück hat natürlich trotzdem mit meinen Eltern zu tun. Als ich Mitte der 1990er-Jahre 18 Jahre alt wurde und damit an den politischen Entscheidungen teilnehmen konnte, war meine Mutter Mitglied des Gemeindevorstands von Sevgein. Während ich ausgerüstet mit den neuen Rechten sofort rege an den nationalen Abstimmungen teilnahm, lockte die Gemeindeversammlung nicht allzu sehr. Dies änderte sich, als meine Mutter eines Tages von den Plänen des Gemeindevorstands erzählte, den Dorfplatz zu teeren. Dieser war bislang noch nicht asphaltiert, und die Gemeindeversammlung sollte nun das Geld dafür sprechen. Ich war entsetzt über die Vorstellung, dass künftig eine banale Asphaltierung die Atmosphäre und Würde unseres Dorfplatzes als Ort der Begegnung prägen würde.

Meine Eltern animierten mich, statt nur am Mittagstisch eine Brandrede zu halten, meine Argumente für eine sorgfältige Gestaltung des öffentlichen Raums in der Gemeindeversammlung vorzutragen. Gesagt, getan. Ich stellte an der Gemeindeversammlung den Antrag, das Geschäft zur Überarbeitung an den Gemeindevorstand zurückzuweisen, und hatte Erfolg. Noch heute freue ich mich bei jedem Besuch in Sevgein über den schön gepflasterten und stimmigen Platz mitten im alten Dorfkern.

Und seit dieser Gemeindeversammlung ziehen sich die Leidenschaft für das politische Engagement einerseits und jene für die Architektur andererseits nicht nur wie ein roter Faden durch mein Leben, sondern sie fließen auch immer wieder ineinander und bedingen sich gegenseitig. Politik ist die Gestaltung des öffentlichen Lebens, Architektur jene des (öffentlichen) Raums. Beides sind Dinge, die eine Auseinandersetzung, das Reiben von Positionen und Ringen um Lösungen bedingen und die kreativ form- und verhandelbar sind.

Mich diesem Wind auszusetzen, hat mich früh gereizt, auch wenn ich darin nicht das Laute und Grosse suche. Meine ersten Schritte in einem politischen Mandat tat ich während meines Architekturstudiums als Mitglied der Ortsplanungskommission von Sevgein. Es war die erste konkrete Erfahrung, wie anspruchsvoll die Balance zwischen einem tendenziell objektivierbaren Gemeinwohl und den Einzelinteressen ist. Nur wenn sich die Einzelne im Kollektiven wiederfindet, ist sie bereit, dieses mitzutragen. Und nur wenn sich das öffentliche Interesse mit transparenten, nachvollziehbaren Argumenten zugunsten des Gemeinwohls positioniert, kann es den Einzelnen mitnehmen.

Auch wenn mich Ausbildung und Beruf in die Stadt zogen, nach Zürich und Bern, und das urbane Umfeld mich noch heute inspiriert, war mir stets klar, dass ein politisches Engagement nur in meiner Heimat infrage kam. Der Nährboden ist die gewachsene Identifikation und die natürliche Verbundenheit mit diesem Raum, auch wenn diese Nähe hie und da mit Reibungen einhergeht. Aber hier bin ich zu Hause, hier habe ich ein Gespür für die Menschen und Themen, für die Art der Diskussion und der Lösungsfindung.

Ein weiterer wichtiger Moment war die Kandidatur 2007 für den Nationalrat auf der Liste der CVP-Frauen Graubünden. Als sich eine rein männliche Hauptliste abzeichnete, weckte diese die Kampfeslust der Frauen der CVP, und auch meine. Seither ist es mir ein Anliegen, mich am politischen Verhandlungstisch einzubringen, dabei zu sein, wenn über unseren Lebensraum entschieden wird, Macht verteilt wird und Weichen gestellt werden. 50 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts sitze ich allerdings oftmals als einzige Frau an diesem Verhandlungstisch oder in einer augenfälligen Minderheit.

«Mich diesem Wind auszusetzen,
hat mich früh gereizt»

Dr. Carmelia Maissen, Grossrätin und
Gemeindepräsidentin Ilanz/Glion

Carmelia Maissen regiert in Ilanz, einer der wichtigsten Gemeinden Graubündens
(Bild zvg)



Soll ich, oder soll ich nicht? Das war die Frage, die sich mir im Sommer 1987 stellte. In jenem Jahr, 16 Jahre nach der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts, musste ich mich entscheiden, ob ich für den Nationalrat kandidiere. Und obwohl Politik kein Fremdwort für mich war, da bereits mein Vater und mein Grossvater kantonale und eidgenössische Mandate innehatten, war die Antwort darauf nicht einfach.

Zwar hatte die SVP mit Elisabeth Lardelli 1974 die erste Bündner Nationalrätin nach Bern geschickt, aber bereits 1975 wurde sie vom Bündner Souverän wieder abgewählt. Und dies, obwohl sie eine gestandene Politikerin und Rechtsanwältin war. Ich war 1987 gerade 27 Jahre alt geworden und hatte nach dem Studium meine erste Stelle als Juristin im Generalsekretariat der SVP in Bern angetreten. So waren mir immerhin die politischen und insbesondere auch die eidgenössischen Themen vertraut.

Bei der Nominationsversammlung in Thusis, die Anfang Sommer erfolgte, war ich in Bern bei der Arbeit, hatte aber zur Nomination nach reiflicher Überlegung doch Ja gesagt und wurde in Abwesenheit auf den dritten Listenplatz (von deren fünf) gesetzt – und diesen konnte ich dann in der Wahl auch verteidigen. Der Wahlkampf war viel bescheidener als heute: Es gab Auftritte in allen Teilen des Kantons – auch mit den Kolleginnen der anderen Parteien (wir waren damals auf den Bündner Listen insgesamt nur neun Frauen) –, aber der Wahlkampf war kurz, es gab viel weniger Medienanfragen, kaum Fragebogen auszufüllen, und es gab natürlich auch keine Social-Media-Aktivitäten. Dafür gab es allerdings auch keine Handys und keine Computer, man organisierte sich per Telefon und schrieb die Reden von Hand oder mit der Schreibmaschine.

Bei meiner zweiten Kandidatur, 1991, verbesserte ich mich vom dritten auf den zweiten Platz, direkt hinter dem wiedergewählten Nationalrat Simeon Bühler. Im November 1994 hörte ich am frühen Morgen meiner Rückkehr aus den USA, wo ich meine Schwester, die dort für ein Praktikum weilte, besucht hatte, auf dem

Weg unter die Dusche aus dem Radio noch den halben Satz: «... Nachfolgerin die Juristin Brigitta Gadiant ...». Simeon Bühler war ein Jahr vor den nächsten Wahlen zurückgetreten. Der Tag wurde in der Folge ziemlich hektisch: Medienanfragen, Gratulationen usw., dabei hätte ich an meiner damaligen Stelle als Kommissionssekretärin bei der Bundesversammlung nach einer Woche Abwesenheit noch einiges an Arbeit zu erledigen gehabt ...

In der Folge galt es viel zu organisieren: meine Stelle bei den Parlamentsdiensten kündigen, die Planung für mein eigenes Büro in Chur an die Hand nehmen, die Parlamentsarbeit vorbereiten. Bereits am 23. Januar 1995 – es fand eine Sondersession statt – wurde ich als zweite Bündnerin im Nationalrat vereidigt. Von der Tribüne aus begleitete mich Elisabeth Lardelli – eine grosse Verpflichtung und Aufgabe! Dies umso mehr, als ich mit 34 Jahren damals die jüngste Nationalrätin war und in der SVP-Fraktion gerade mal 1 von nur 3 Frauen neben 22 Männern.

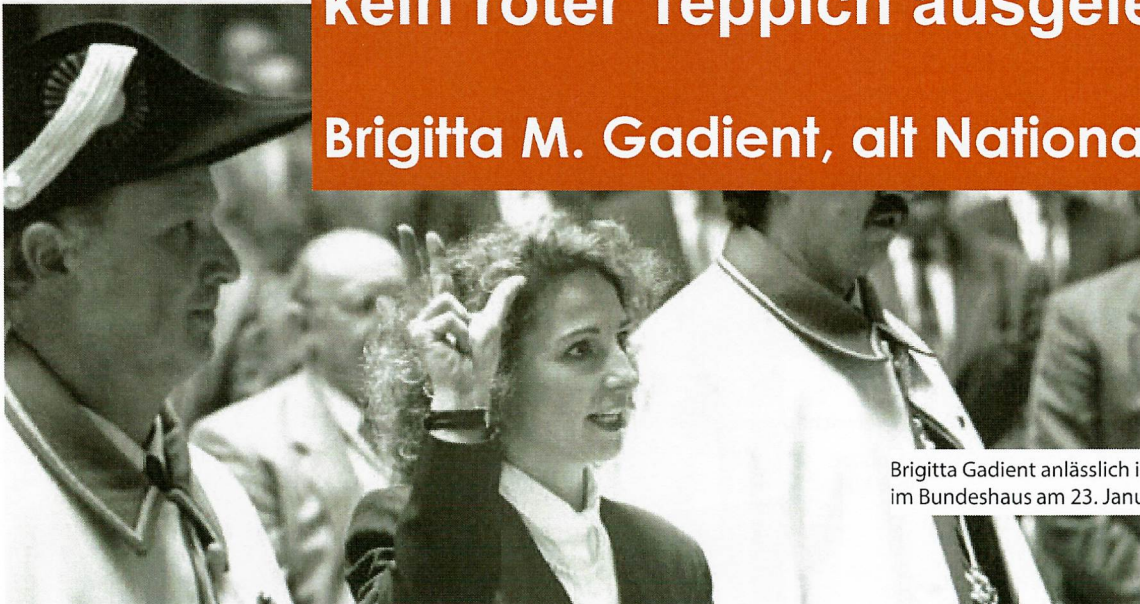
Auch sonst waren die Frauen in vielen Bereichen in verschwindender Zahl anzutreffen. So wurde ich zum Teil mit Blumen begrüsst, und die Begrüssung an Informationsanlässen im Bereich Finanz und Wirtschaft lautete oft so: «Frau Gadiant, meine Herren ...» Das führte natürlich dazu, dass mich sofort alle kannten, aber im Gegenzug stand ich auch unter besonderer Beobachtung.

Insgesamt wurde den Frauen sicher kein roter Teppich ausgelegt. Der Anspruch an eine gute Leistung war bedeutend grösser als bei vielen Kollegen, und die Netzwerke, über die die Männer verfügten, waren für die Frauen vielfach auch nicht vorhanden.

Während 17 Jahren durfte ich den Kanton Graubünden im Nationalrat vertreten – die letzten vier als Vertreterin der BDP: eine einmalige, spannende Zeit, in der ich ganz viel erleben, erfahren und lernen konnte. In dieser Zeit hat sich – glücklicherweise – vieles verändert. Der grosse Fortschritt für die Frauen wäre allerdings ohne die Unterstützung aufgeschlossener und weitsichtiger Männer – solcher, wie jener, die sich seinerzeit auch schon für das Frauenstimmrecht eingesetzt hatten – nicht geglückt.

«Insgesamt wurde den Frauen sicher kein roter Teppich ausgelegt»

Brigitta M. Gadiant, alt Nationalrätin



Brigitta Gadiant anlässlich ihrer Vereidigung als Nationalrätin im Bundeshaus am 23. Januar 1995 (Bild Eduard Rieben)



Mit 14 kam ich an die Kantonsschule in Chur. Es waren die anschliessenden vier Jahre Gymnasium, in denen ich immer politischer wurde. Es begann mit meinem Beitritt zur JUSO Graubünden, in meinem 15. Lebensjahr. Meine Schwester Julia schwärmte von den lieben und engagierten Menschen, die fast wie eine Familie für sie waren. Ich brauchte etwas Zeit, um mich in der Jungpartei einzugewöhnen, aber die Menschen waren respektvoll, grosszügig und offenherzig, weshalb ich mich immer öfters an Anlässen blicken liess.

In der JUSO besuchte ich Workshops, lernte die Wörter «Neoliberalismus», «Hegemonie» oder «Gender» kennen und begann zu verstehen, welche Ursache Diskriminierung und Ungerechtigkeit hat. Mit der JUSO Graubünden sammelte ich in Chur das erste Mal Unterschriften für die Mitbestimmungsinitiative und ging an meine erste Anti-WEF-Demonstration. Ich entdeckte, dass die Teilnahme an Demonstrationen Grosses bewirken kann. Eine Demo ist eine Menschenmasse, doch jede*r Einzelne wird gebraucht, um gehört zu werden. Dieses Gefühl bestärkte mich in meinem politischen Engagement. 2018 wurde es um die Klimathematik laut.

Greta Thunberg und der Klimastreik erreichten die Schweiz. Bilder und Videos von den Demonstrationen aus Zürich berührten mich. Darauf beschlossen Andrina Geller und ich im Januar 2019, auch in Chur einen Klimastreik zu organisieren. Zu unserer Überraschung und Freude standen etwa 200 Menschen mit uns auf dem Alexanderplatz, riefen Parolen und wollten die Politik aufwecken.

In dieser Zeit investierte ich meine ganze Freizeit in die Organisation der Klimastreikbewegung Graubünden. Durch sie lernte ich die Medienwelt kennen und wurde mit Andersdenkenden konfrontiert. Mein hilfsbereites Umfeld war eine grosse Unterstützung in dieser anstrengenden Zeit.

Im selben Jahr kam eine weitere politische Welle auf die Schweiz und auch mich zu. Nicht selten hörte ich, dass es für Frauen* nichts mehr zu erreichen gäbe. Diese Meinung teilte und teile ich nicht. Strukturelle Gewalt an Frauen* liegt an der Tagesordnung, das Vermögen der Frauen* ist viel geringer als jenes der Männer*, und weibliche Berufe werden durchs Band schlechter bezahlt.

Diese Zustände machten mich wütend und so auch viele andere Frauen*. Eine Gruppe von Feminist*innen voller Tatendrang und Lust, etwas zu verändern, schlossen sich zur Organisation des 14. Juni 2019 zusammen. Wir organisierten Bildungsanlässe, malten Transparente und diskutierten bei einem Bier bis spät abends. Das Jahr verging wie der Blitz, und ich war etwas erschöpft vom Aktivismus und von der Schule. Doch die Vorfreude auf den Frauen*streiktag war nach wie vor riesig.

Anfänglich war ich sehr nervös, weil ich nicht sicher war, ob die Menschen am Frauen*streik teilnehmen werden. Doch dann ging es los, der Fontanapark in Chur füllte sich mit violetten Farben, und die Stimmung war so fröhlich und voller Zuversicht, wie ich es bisher selten erlebt hatte. Über 1000 Frauen*, solidarische Männer* und Kinder nahmen teil, und mir kamen nicht nur einmal Freudentränen. Seit diesem Tag bin ich voller Motivation im Frauen*streikkollektiv Graubünden aktiv. Wir planen Anlässe, Bildungsveranstaltungen und unterhalten uns über «Tabu-Themen».

Ich bin weiterhin politisch aktiv, weil mich die JUSO, das Frauen*streikkollektiv und auch der Klimastreik motivieren. Mit Menschen das Gefühl von Hoffnung und Veränderung zu teilen, ist unbeschreiblich. Wir

«Nichts zu machen, ist für mich keine Alternative»

Rosalina Müller
Co-Präsidentin JUSO Graubünden

Rosalina Müller spricht an einer Klimademo in Chur. (Bild zvg)



haben bereits viele gemeinsame Projekte, Anlässe und Aktionen realisiert, die einiges anregen konnten. Nichts zu machen, ist für mich keine Alternative. Im Grundsatz möchte ich ändern, was mich stört, und in einer Welt leben, die solidarischer und gerechter ist, als die heutige. Ich weiss, das klingt etwas utopisch, aber Utopien sollte man in der Politik immer vor Augen haben.

La dumonda fatta da l'archiv da duonnas am ha trat adimaint üna cuorta ma bellischma istorgia da l'autur ladin Cla Biert: «Co ch'eu n'ha imprais a chantar». Cla Biert descriva in seis möd fin e precis co cha seis bap til ha muossà a chantar. Cur cha'l bap da Cla Biert vaiva nempe badà cha seis figl nu rabaglia oura tun in stüva, til ha'l fat chantar sülla prada d'munt. El vaiva da far gnir üna lütschernu fin cha quella gniss our da seis zop.

Meis bap nu sa ni chantar ni sunar la guitarra, ma per el d'eira adüna important cha la famiglia saja insembel d'ürant ils pasts. Dimena es statta la maisa da chadafö per mai ün lö central, la centrala da la famiglia Stalvies. Üna famiglia da paur, bap e mamma, duos sours chi sun ses e set ons plü veglias, üna sour plü giuvna. Fingia quista constellaziun ün pa speciala, sainza puob, davo ses ons amo üna matta, am ha sgüra fuormada. E fuormada am han eir las discussiuns vi da nossa maisa da chadafö. A la dumonda co ch'eu sun rivada illa politica daja üna simpla resposta: «Eu sun rivada illa politica pervi da nossa maisa da chadafö.»

Dimena, d'ürant ils giantars pro la famiglia Stalvies gniva discurrü bier e pac e la differenza d'età tanter mai e las sours grondas d'eira quella jada propcha remarquabla. «Las grondas», Barbla e Domenica, giaivan in scoula secundara intant ch'eu imprendaiva güsta a scriver lià. Davo giantar, bap faiva seis cupid sül banc da chadafö, vaiva nom da lavar e süantar la vaschella e scuar la chadafö avant co ir a scoula. Schi daiva üna segua fixa pro quistas lavurs nu m'alorda plü, eu sa però bainissem ch'eu nu süantaiva giò jent, e lavar giò lavaivan las grondas.

Da che ch'eu m'alord però be precis es ch'üna jada, Aitina vaiva provà da metter sül cheu quistas reglas. D'ürant ün giantar quintaivan Barbla e Domenica da las sgrischurs da la seguonda guerra mundiala, da dictaturas e da democrazia. Eu, la mattina da set ons, nun inclegiaiva insomma nügla e n'ha dumandà a mia sour che ch'üna democrazia saja. Cha quai saja l'incuntrari dad üna dictatura, ingio ch'üna persuna cumonda tuot! Cha in üna democrazia hajan tuot ils umans ils listess drets e cha in üna democrazia vaglia mincha vusch, vuol dir il maniamaint da mincha persuna, listess bier.

«Aha», n'haja pensà, «lura es üna democrazia scha no quia vi da la maisa vessan tuots üna vusch e las bieras vuschs decidan sur dad alch?» Precis. Plü co facil nu vaiva simplamaing na vögla da süantar tuot quella muntogna da vaschella. (Eu pudess eir pretender ch'eu vess adüna fingia gnü ün sen da güstia, quasi üna mattina pre-emancipada - tuot quai füssan natüralmaing be falistoccas).



**«Eu sun rivada illa politica pervi da
nossa maisa da chadafö.»**

**Aita Zanetti, vicepresidente dal Cussagl grand
e vicepresidente communal da Scuol**

Crajond dad incleger il sistem democratic n'haja lura fat mia prüma instanza politica, apunta vi da la maisa da chadafö, cun dumandar chi dals preschaints chi füss da l'avis cha meis bap stu vess lavar quel di la vaschella. Eir schi am paraiva cha la chosa stu vess esser clera, es meis intent i bravamaing giò pell'assa – da solidarità tanter da duonnas, a la fin d'eira la relaziun 1:5, gnanca da discuorrer! Mia revolta familiara nun ha gnü la minima schanza ed es gnüda sbüttada cleramaing – da maniera democratica. Chi chi ha gnü l'onur da süantar eir quel di la vaschella, sarà cler.

Hoz, passa quaranta ons plü tard, lava e süainta meis bap la vaschella per els duos sco üna chosa chi s'inclegia da sai. Eu pudess bain pretender chi ha dovrà – sco suvent in nossa società – seis temp fin cha meis bap o mia mamma as han emancipats e partan la lavur da chasada, cha quel minz semnä dad üna mattina da set o ot ons haja finalmaing büttà früt o otras «svanatscharias».

Fat esa, cha meis genituors han lavurà üna vita intera insembel e quai fana eir uossa. Fat esa però eir, ch'eu am regord bain da quista scena e stübg qua o là che chi sarà tuot i tras il cheu a quella mattina. Restà ed as sviluppà es meis interess per dumondas ch'eu nun incleg, meis buonder da lair imprender e l'ambiziun da provar dad incleger. Hoz das-cha rapreschantar a duonnas ed homens da meis circol electoral i'l parlament grischun – üna sfida ed ün'onur in üna. E da las jadas pensa chi ans fess bain da sezzer vi dad üna maisa in chadafö e da discuter insembel sainza avair la pretaisa da persvader al visavi, ma da chattar insembel bunäs soluziuns – e da lavar giò insembel la vaschella e scuar las zinslas.

(Anmerkung der Redaktion: die deutsche Übersetzung des Beitrags von Aita Zanetti finden Sie auf unserer Website, www.frauenkulturarchiv.ch)



Das Datum:

7. Februar 1971

Der Text:

Bundesbeschluss über die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts in eidgenössischen Angelegenheiten (Vom 9. Oktober 1970)

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 121 ff. der Bundesverfassung, nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 23. Dezember 1969, beschliesst:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 74

1. Bei eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen haben Schweizer und Schweizerinnen die gleichen politischen Rechte und Pflichten.

Die Stimmen:

Volk: Angenommen (65.73% Ja-Stimmen)

Stände: Angenommen (15.5 Ja, 6.5 Nein)

Abgelehnt: AI, AR, GL, OW, SG, SZ, TG, UR

Angenommen: AG, BE, BL, BS, FR, GE, GR, LU, NE, NW, SH, SO, TI, VD, VS, ZG, ZH

Graubünden: 54.8% Ja

Die Bündner Gemeinden:

Die grössten Jasager

Augio: 94 Prozent (16 von 17)

Tschierv: 89 Prozent (16 von 18)

Lostallo: 86 Prozent (37 von 43)

Praden: 85 Prozent (12 von 14)

Feldis: 84 Prozent (16 von 19)

Medels: 81 Prozent (9 von 11)

Madulain: 81 Prozent (13 von 16)

Die grössten Neinsager:

1. Platz: Riom. Alle 27 Mannen sagen nein

2.+ 3. Platz: St. Antönien und Pagig.

Nur einer sagt ja.

Ein paar Fakten zu 1971



Meine aktive Zeit bei den Grünliberalen startete mit einem Anruf des alt Nationalrats Josias F. Gasser, der fragte, ob ich nicht für den Gemeinderat von Chur kandidieren möchte. Die Partei suche noch Frauen. Ich wollte zwar schon vor diesem Anruf in der Partei aktiv sein, doch ich fand es schwer, einen Zugang zu finden. Fünf Jahre später habe ich bereits bei kommunalen, kantonalen und nationalen Wahlen kandidiert, eine kantonale Jungpartei mitbegründet, wurde ich kürzlich als Gemeinderätin von Chur vereidigt und darf unsere Kantonalpartei leiten. Nun bin ich diejenige, die Mitglieder anruft, um sie zu motivieren, sich aktiv in der Politik zu engagieren.

Warum ich mich überhaupt dazu entschieden habe, mich noch während der Kantonsschule als Mitglied der Grünliberalen Partei anzumelden, ist wenig spektakulär: Ich fand es als Schweizer Stimmbürgerin wichtig, mich mit realpolitischen Themen und den Fragen zu unserer Zukunft auseinanderzusetzen. Ich hatte kurz davor an einer kantonalen Jugendsession teilgenommen, die jeweils von allen Jungparteien gemeinsam organisiert wird. Der gegenseitige Austausch und die Debatten haben mir Spass gemacht, und ich habe dadurch erstmals einen Einblick in das Parteiensystem erhalten. Leider gab es damals noch keine Jungpartei der Grünliberalen, weshalb ich mich bis zum Anruf von Josias F. Gasser nicht getraut hatte, an einen Parteienanlass zu gehen. Wohl auch deshalb halte ich eine Jungpartei für sehr wichtig, damit den Jungen der Zugang in die Politik ermöglicht werden kann.

In meiner Familie war es immer Tradition, sich am Morgen eines Abstimmungssonntages gemeinsam hinzusetzen und die Vorlagen zu diskutieren. Danach wurden die Stimmunterlagen ausgefüllt und zur Urne gebracht. Ich fand dieses Ritual immer sehr wertvoll, um sich seines Rechts als Schweizer Stimmbürgerin oder Stimmbürger bewusst zu sein. Ich kann mir eine Schweiz, in der ich meine Stimme nicht abgeben

darf, gar nicht vorstellen, und bin oft erstaunt, dass es noch gar nicht so lange her ist, als dies für alle Frauen Realität war. Mir wurde erst in der Politik bei gesell-

schaftspolitischen Diskussionen bewusst, wie viel es trotz all den Fortschritten in dieser Hinsicht immer noch zu tun gibt. Ich hoffe, dass ich für andere Frauen auch ein Vorbild sein kann, damit sie sich in die Politik wagen und öffentlich für ihre Überzeugungen einstehen können. Ich selbst habe viele weibliche Vorbilder in der Politik, an denen ich mich orientiere und die mich motivieren, diesen Weg zu gehen – auch in anderen jungen Frauen in der Bündner Politik.

Der Austausch über unsere Erfahrungen ist sehr inspirierend, und die gegenseitige Unterstützung und das starke Vertrauen, das wir uns trotz unterschiedlicher politischer Heimat entgegenbringen, sind für mich sehr wertvoll. Ich bin überzeugt, dass das starke Band zwischen uns auch einigen Reformen den Weg ebnet wird.

Ich möchte die Erfahrungen, die ich durch mein politisches Engagement bisher gemacht habe, nicht missen. Sei es ein Gespräch auf der Strasse beim Flyern oder an einer Podiumsdiskussion: Ich empfinde den Austausch mit vielen unterschiedlichen Menschen als sehr bereichernd. Es öffnet einem den Blick für andere Perspektiven, und erst dadurch können gemeinsame Lösungen gefunden werden. In der Politik muss man sich immer wieder mit neuen Problemen befassen und lernt ständig hinzu. Politik ist für mich eine Lebensschule, und ich freue mich jeden Tag auf neue Herausforderungen.



«Ich hoffe, dass ich für andere Frauen ein Vorbild sein kann»

Géraldine Danuser, Präsidentin Grünliberale Graubünden, Gemeinderätin Chur



Letzte Männerbastionen

Nach 1971 ging es darum, auch noch die letzten Bummelkantone zur Vernunft zu bringen. Bis 1990 mussten 16 kantonale Abstimmungen gewonnen werden. In Graubünden bodigten die Stimmbürger aus Angst vor dem Verlust der Gemeindeautonomie 1968 eine erste kantonale Vorlage mit 66 Prozent Neinstimmen deutlich. Erst 1972 kam der Durchbruch. Verantwortlich für die erfolgreiche Kampagne war die Frauenzentrale Graubünden unter ihrer Präsidentin Isa Hämmerle-von Planta. Mittlerweile mit der Kunst der Kampagne vertraut, knöpften sich die Vorstandsfrauen die politischen Alphiatiere einzeln vor. Hämmerle reiste zu Nationalrat Bühler nach Flerden, «danach schrieb er mehrere Leserbriefe und Aufrufe» (FrauenRecht, S. 104). Doch die härtesten Knacknüsse blieben die Gemeinden. Noch 1983 regierten in 17 Bündner Orten nur Männer. Erst auf Druck des Kantons ward dem patriarchalen Gebaren ein Ende gesetzt.

Die Erbinnen von 1971

Die Folgen der verspäteten politischen Rechte arbeiten wir noch heute ab. Noch immer ist die politische Repräsentanz der Frauen in Graubünden bescheiden, und die Entscheidungsträgerinnen in Chefetagen sind an einer Hand abzuzählen. Dennoch zeigen sich Silberstreifen am Horizont. Die frauenbewegte Nationalratswahl, junge Frauen an Spitzen von Parteien, einflussreiche Gemeindepräsidentinnen, gut ausgebildete und initiative Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft bringen Bewegung in den Staat.

Jüngste Abstimmungsanalysen zeigen, dass Frauen ökologischer und sozialer abstimmen, und zwar von links bis rechts, und dass sie als politische Meinungsetzerinnen oder als Expertinnen nicht mehr zu übergehen sind. Junge gut ausgebildete und selbstbewusste Frauen suchen neue Formen der Beteiligung. Sie stellen überkommene Werte infrage, fordern Ethik in der Wirtschaft und mehr Schutz für unsere Umwelt. Die Pionierinnen von damals wären wohl sehr stolz auf die Erbinnen von 1971.

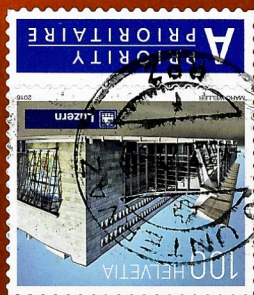
Politik im Coiffeursalon

Mengia Spreiter, frühere Gemeindepräsidentin in Castasegna, erinnert sich noch heute gut daran, wie in ihrem Coiffeursalon in Castasegna das Frauenstimmrecht in die Wege geleitet wurde. Spreiter, 1940 in St. Moritz geboren, zog 1961 mit ihrem Mann Edoardo ins Bergell. Schon als junge Frau ärgerte sie sich über die fehlenden Rechte der Schweizerinnen. «Im Frühjahr 1957 begann ich die Lehre als Damencoiffeuse in Zürich. 1959 wurden wir Lehtöchter von unserem Rechtskundeflehrer auf das kommende Frauenstimmrecht politisch vorbereitet. Er war ganz überzeugt dass es angenommen wird. Ich war voller Vorfreude. Doch welche Enttäuschung und Wut über diese Abstimmung!»

Nach ihrem Umzug ins Bergell richtete sie einen kleinen Coiffeursalon ein. «denn mein Beruf bedeutete mir sehr viel», sagt Spreiter. Bald kam ein weiteres Geschäft in Vicosoprano hinzu. Der Salon entwickelte sich zum Ort, wo sich die Frauen beim Schneiden, Legen und Waschen über die Politik und das Stimmrecht austauschten. Spreiter: «Wir sahen Gebiete, wo wir Frauen sehr gut mitreden könnten. Es näherte sich das Jahr 1971, und wir waren alle gespannt auf das Resultat und es kam gut heraus.»

Doch für die Bergellerinnen war die Sache noch nicht zu Ende. Als am 5. März 1972 das kantonale Stimmrecht angenommen wurde, liefen die Drähte im Coiffeursalon von Spreiter heiss: «Jetzt gab es für uns kein Halten mehr. Castasegna hat als erste Bergeller Gemeinde das Frauenstimmrecht angenommen. Am 12. April 1972 wurde die erste Frau in ein Gremium gewählt. Und seither ist es so normal wie irgendetwas», lacht Mengia Spreiter verschmitzt.

**Und zum Schluss: Haare machen Politik.
Die kleine Stimmrechtsgeschichte von
Mengia Spreiter (geb. 1940), Castasegna**



www.frauenkulturarchiv.ch
081 250 04 60
7000 Chur
Goldgasse 10

FRAUENKULTUR
DIE UNABHÄNGIGE STIFTUNG FÜR GESCHICHTE, FORSCHUNG UND KULTUR.
ARCHIVGRAUBÜNDEN

Impressum

Hortensia. Das Magazin des
Frauenkulturarchivs
Graubünden, Goldgasse 10,
7000 Chur
frauenkulturarchiv@bluewin.ch
Tel.: 081 250 04 60
Redaktion und Konzeption:
Dr. phil. Silke Margherita Redolfi
Korrekturen: Thomas Heuer
(www.lektor-heuer.ch)

Auflage: 400 Ex.
ISSN 2673-5822

Die «Hortensia» gibt es nur auf Papier

Sie möchten die «Hortensia» abonnieren? Kein Problem. Das Abo für drei Ausgaben pro Jahr kostet 30 Franken. Damit leisten Sie einen Solidaritätsbeitrag an das Frauenkulturarchiv Graubünden. Oder werden Sie Mitglied des Frauenkulturarchivs. Dann erhalten Sie die «Hortensia» gratis zugeschickt und werden laufend über alle unsere Veranstaltungen informiert. Die Mitgliedschaft kostet 80 Franken pro Jahr. Als Mitglied profitieren Sie ausserdem von vergünstigten Eintritten und erhalten Rabatt auf unsere Produkte und Angebote. Melden Sie sich an und unterstützen Sie das Frauenkulturarchiv Graubünden: frauenkulturarchiv@bluewin.ch oder 081 250 04 60.

Tipp: Das Abo der «Hortensia» eignet sich auch als Geschenk für eine liebe Person.

